Bezugspreise: In Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichsgeschäftsstellen angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 90 mm breite Millimeterzeile 2 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 82. Halle, Freitag, den 18. Februar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die neuesten Entwaffnungs-Forderungen.

(Von einem militärischen Mitarbeiter.)

Der Reichswehrminister Geßler vertritt nach seiner Reichstagsrede im Januar die Anschauung, daß der Friedensvertrag von Versailles loyal durchgeführt werden müsse. Genau die gleiche Ansicht hegt auch der Chef der Heeresleitung. Dagegen konnten die Pariser Entwaffnungsbeschlüsse den Anschein vom Gegenteil erwecken. Aber schon die Tatsache, daß die Entwaffnung des Heeres, soweit überhaupt technisch durchführbar, beendigt, spricht gegen jenen Anschein. Die deutschen Befehle und Entwaffnungsanweisungen sind der Kontrollkommission durchweg bekannt und sichern die vollständige Entwaffnung. Das hat auch Lloyd George bei der Konferenz in Paris ausdrücklich anerkannt.

Aber seit geraumer Zeit wird von der Gegenseite — häufig im offenen Widerspruch zu früher — versucht, die Vertragsbedingungen durch neue Auslegung zu verschärfen oder willkürlich abzuändern. Das ist für uns unerträglich, denn der Vertrag verpflichtet beide Partner. Lassen wir auch nur in einem Punkte unser Recht kürzen, so sind wir vor weiteren Verschärfungen keineswegs sicher. Wir achten den Vertrag und fordern das gleiche vom Gegner.

In den Pariser Beschlüssen wird „gesetzliche" Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt, die doch in Deutschland bereits Gesetz ist. Es werden ferner „Ergänzungstruppen" gerügt, die nach französischer Ausdrucksweise Depotbataillone sind, deren Fortbestehen durch den Friedensvertrag gewährleistet ist. Beanstandet werden „gewisse Formationen", unter denen offenbar die Abwälzungsstellen und die Zeugämter gemeint sind. Das Reichswehrministerium soll 960 Offiziere und obere Beamte umfassen; aber diese Zahl kann nur zustande kommen, wenn ganz willkürlich neben den Zeugämtern, Proviantämtern, Garnisonverwaltungen auch die Waffenschulen, die Pfarrer, Heeresanwälte, Divisionsintendanturen und andere Beamte hinzugerechnet werden, die mit dem Reichswehrministerium direkt nichts zu tun haben.

Was die Ablieferung und Zerstörung von Kriegsmaterial angeht, so besitzt die Reichswehr nichts mehr, was über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgeht. Die entsprechenden Erlasse sind der Kontrollkommission mitgeteilt und ohne Einspruch von ihr zur Kenntnis genommen. Die durch die schrittweise Verringerung der Heeresstärken überzählig gewordenen Waffen sind stets zur Auslieferung gelangt, obwohl dabei große technische Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Sie sind überwunden und die überschüssigen Bestände sind bis Mitte Februar überall abgeliefert. Seit vorigem Herbst beginnt aber die Kontrollkommission sich gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages auch mit der Festsetzung der Zahl von Waffen (Pistolen, blanken Waffen und Nahkampfmitteln) zu beschäftigen und der Ausrüstung des Hunderttausendmann-Heeres mit Gerät aller Art Aufmerksamkeit zu schenken. Aus dem Friedensvertrag läßt sich jedoch kein Recht ableiten, Ablieferung dieser Dinge zu einem bestimmten Zeitpunkt zu fordern.

Der Verschärfungswille der Gegner in ihren militärischen Forderungen läßt sich seit Mitte v. J. nachweisen. So wird versucht, Höchstzahlen festzusetzen für Panzerung von Eisenbahnzügen, für optisches Gerät, Geschirr und Reitzeug; ja es ist sogar versucht worden, für jedes Pferd nur einen einzigen Sattel zuzugestehen, was dasselbe wäre, wie wenn jeder Mann nur ein Paar Stiefel hätte.

Im Frühjahr v. J. gab die Kontrollkommission zu, daß für jede Art von Waffen und Gerät unsererseits je zwei Fabriken beibehalten werden sollen. Im August hielt sie zwar diesen Grundsatz noch aufrecht, stellte aber gleichzeitig eine Liste auf, in der nur eine Fabrik jeder Art enthalten war, in vielen Fällen sogar gänzlich ungeeignete Fabriken, die niemals mit der Fabrikation der fraglichen Waffen beschäftigt gewesen waren. Im Dezember wurde dann erklärt, daß nur je eine Fabrik belassen werden könne, die von der Entente selbst bestimmt werde; dabei steht nach dem Friedensvertrage die Auswahl der Fabriken nicht den Gegnern, sondern uns zu! Und mindestens zwei Fabriken für jede Art von Waffen und Gerät sind unbestreitbar eine militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Der Friedensvertrag sagt uns ausdrücklich die Beibehaltung unseres östlichen und südlichen Festungssystems zu. Da ein Festungssystem aus einzelnen Festungen und diese wiederum aus Einzelbefestigungen besteht, die sich durch artilleristische, infanteristische und fortifikatorische Mittel gegenseitig unterstützen und ergänzen, so wäre es geradezu sinnlos, wollte man diese Anlagen ihrer artilleristischen und infanteristischen Verteidigungsmittel berauben. Aber gerade darauf zielt die Absicht der Kontrollkommission hin. Sie will uns im Osten völlig wehrlos machen, und hierzu das letzte Geschütz und Maschinengewehr, ja sogar das Nachrichten- und Nahkampfmittelgerät herausholen. Was dann noch übrig bleibt, ist kein Festungssystem, ist auch keine Festung mehr, sondern nur eine künstliche Anlage ohne militärischen Wert. Denn die Menschen und ihre Waffen sind es letzten Endes, die die Verteidigung zu leisten haben.

Die Kontrollkommission scheut, um die ganz klaren Bestimmungen des Friedensvertrages durchkreuzen zu können, selbst vor der allerkleinlichsten und willkürlichsten Auslegung einzelner Paragraphen nicht zurück. Sie erfand für den Geschützbedarf den längst veralteten Begriff der Geschützbettung und will nur die Geschütze als Bedürfnis anerkennen, wo solche Bettungen vorhanden sind. Damit begibt sie sich auf eine Stufe der Befestigungskunst, die schon in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts überholt war und entwickelt Auffassungen, die nach den Erfahrungen des Weltkrieges geradezu grotesk wirken. Man muß sich wundern, wie ein durch die Schule des Krieges gegangener Offizier solche Auffassungen unterschreiben kann. Aber der Zweck scheint eben alle Mittel heiligen zu sollen.

Alles dies geschieht ausgerechnet bei der kritischen Lage, wie sie sich an der polnischen Grenze gestaltet hat, wo die Polen offenbar nicht übel Lust zu haben scheinen, sich gewaltsam in den Besitz von Oberschlesien zu setzen, falls — wie anzunehmen — die Abstimmung zu ihren Ungunsten ausfallen sollte! Die Entwaffnung unserer Ostfestungen soll für diesen Fall den Polen die Möglichkeit geben, nach Gutdünken zu handeln, ohne daß das wehrlose Deutschland sich dagegen wehren könnte.

Was wird aus Preußen?

Vom

Abgeordneten Dr. Schreiber (Halle).

Retter Preußen! Unter diesem Schlagwort versuchen die beiden Rechtsparteien am 20. Februar die Wähler für sich einzufangen. Der Wähler soll abgelenkt werden von dem, was wirklich zur Entscheidung steht. Nach altbewährter Methode wird an sein Gemüt appelliert in Fragen, bei denen der Verstand entscheiden sollte. Deswegen wird der Wählerschaft von rechts vorerzählt, daß Preußen von den bösen Demokraten zerstückelt werden soll. Keine Behauptung ist unwahrer als diese. Gewiß, wir sind dafür eingetreten, daß auch den Provinzen eine möglichst freie Selbstverwaltung eingeräumt wird. Es gehört zur alten und guten Tradition liberaler Politik seit den Tagen des Freiherrn vom Stein, die Selbstverwaltung des Bürgers in allen kommunalen Vertretungen, angefangen vom Gemeinderat und vom Stadtparlament, so frei als möglich zu gestalten, die staatliche Bevormundung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Von diesen bewährten Grundsätzen ausgehend, mußten wir auch bei der Neugestaltung der Provinzialverwaltung unsere Mitarbeit zur Verfügung stellen.

Die Erweiterung der Selbstverwaltung der preußischen Provinzen will nicht Preußen zerschlagen, sondern seiner Zerschlagung entgegenwirken. Niemand kann sich darüber täuschen, daß der Ruf „Los von Berlin!" nicht nur in Süddeutschland erschallt, sondern auch in preußischen Landesteilen, insbesondere im Rheinland, in Ostpreußen und in Hannover immer lauter erhoben wird. Dieser Ruf „Los von Berlin!" wird nicht dadurch verursacht, daß die Gesetzgebung immer mehr im Reiche zentralisiert worden ist. Das war vielmehr zur Vereinheitlichung des deutschen Rechtes und zur engeren Zusammenschließung der deutschen Stämme durchaus geboten. Der Ruf „Los von Berlin!" erschallt vielmehr, weil auch die Ausführung der Gesetze, die Verwaltung gar zu sehr in Berlin zentralisiert ist. Es wäre das denkbar Törichste, wenn man die berechtigte Mißstimmung hierüber verkennen und ihr nicht abhelfen wollte. Der Weg ist vorgezeichnet: Zentralisation der Gesetzgebung im Reiche und Dezentralisation der Verwaltung. Dann verliert der Ruf „Los von Berlin!" jede Berechtigung.

Wenn die rechts gerichteten Kreise diese Notwendigkeit verkennen, dann versagen sie ebenso, wie sie in der Vergangenheit bei wichtigen Fragen versagt haben. Es ist das Verhängnis unseres deutschen Volkes, daß die konservativ gerichteten Kreise die Staatsnotwendigkeiten der Regel nach erst dreißig Jahre zu spät erkennen. Siebzig Jahre hat der Kampf um ein gerechtes preußisches Wahlrecht getobt. Selbst im Kriege konnten sich die Konservativen nicht dazu entschließen, dem preußischen Volke das gleiche Wahlrecht einzuräumen, obwohl angesichts der Haltung unseres Volkes an der Front und in der Heimat die Erfüllung dieser Forderung eine ganz selbstverständliche Anstandspflicht gewesen wäre. Das gleiche Wahlrecht für Preußen sollte für den Bestand dieses Staates unerläßlich sein. Und heute, nachdem die grimmige Enttäuschung des Volkes über die Versagung gleichen Rechts mit zu der Revolution geführt hat, erklärt der Führer der Deutschnationalen, Herr Hergt: „Die Deutschnationale Volkspartei steht und fällt mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht." Wenn dieses Wahlrecht heute bei den Rechtsgerichteten für so nützlich empfunden wird, warum denn dann nicht dreißig Jahre früher?

Als unser Friedrich Naumann vor zwanzig Jahren die Entwicklung unserer Monarchie zu Demokratie und Kaisertum forderte, erklärten die „besten Stützen" des Thrones: Wir wollen kein Schattenkönigtum, wir wollen die selbstherrliche Monarchie, bei der Wilhelm II. einen Bismarck davonjagen konnte, sein eigener Kanzler und Generalstabschef sein durfte und jeden Gesandten entlassen konnte, der etwas berichtete, was ihm nicht gefiel. Und heute, nachdem der staatliche Zusammenbruch die Monarchie verschlungen hat, weil konservative Kurzsichtigkeit die Monarchie nicht rechtzeitig außerhalb der Verantwortung stellte, erklären die Deutschnationalen, es sei selbstverständlich, daß die alte selbstherrliche Monarchie nicht wieder kommen solle, und sie fordern jetzt das, was sie bisher als Schattenkönigtum zu nennen beliebten, eine Monarchie wie in England. Hätten sie sich rechtzeitig zu dieser Auffassung bekannt, dann wären sie, die „besten Monarchisten", nicht die Totengräber der Monarchie geworden.

Und weiter! Vor zwanzig Jahren verhinderte die Kurzsichtigkeit der Konservativen im Abgeordnetenhause im Kampfe gegen den preußischen König die Verabschiedung der Mittellandkanalvorlage. Welchen unendlichen Wert hätte eine leistungsfähige Wasserverbindung von Ost nach West für unser Wirtschaftsleben und für unsere Kriegführung gehabt. Wieviel Kohlen könnten wir heute durch Entlastung des Eisenbahnverkehrs für unsere Wirtschaft frei machen! Und jetzt, wo wir für den Mittellandkanal das Zehn- bis Zwanzigfache bezahlen müssen, haben auch endlich die Deutschnationalen erkannt, wie notwendig diese Wasserstraße ist und mit uns dafür gestimmt. Wiederum zwanzig Jahre zu spät! Die Politik des ewigen Neins rächt sich am Volk, und wenn am 20. Februar die Rechtsparteien einen Sieg erringen würden, der sie in die Lage versetzte, ihre Preußenpolitik durchzuführen, dann würde sicherlich einst der Tag kommen, wo das preußische Volk einsieht, daß diejenigen, die sich jetzt die besten Preußen nennen, auch die Zertrümmerer Preußens geworden sind.

Pariser Drohungen.

Während sich die Ententevertreter für die Orientkonferenz in London rüsten, ertönen von Paris her allerlei Drohungen gegen Deutschland, die uns für die Annahme des Pariser Irrsinns gefügig machen sollen. Marcel Hutin malt in seinem Blatte die „Sanktionen" aus, die gegen uns unternommen werden sollen, wenn Dr. Simons in London bei dem deutschen Nein bleiben wird. Er schreibt, daß dann sofort ein Schiff zur Verfügung des Herrn Dr. Simons bereitstehen wird, um ihn nach Deutschland zurückzuführen. Dann soll England Besitz von den Zöllen in den großen deutschen Häfen ergreifen, Frankreich die Hand auf die beiden deutschen Großstädte legen, von denen der Kohlenhandel für Bayern und den deutschen Süden ausgeht. Bange machen gilt nicht! Auch in Frankreich sollte man wissen, daß eine Wiedergutmachung nur möglich ist mit Deutschlands Zustimmung. Wir rechnen durchaus damit, daß französischer Unverstand das zunächst nicht einsehen wird. Minister Dr. Simons hat in Karlsruhe erklärt, daß die Sanktionen ein Attentat gegen die Reichsverfassung sein werden. Aber gerade seine Reise durch Süddeutschland habe ihm das erhebende Gefühl gegeben, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen werden.

Bayerns Standpunkt.

Der bayerische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag mit der Interpellation der Mehrheitssozialisten und der U.S.P. wegen der Stellungnahme der bayerischen Regierung zu den Pariser Beschlüssen.

Ministerpräsident Dr. v. Kahr wiederholte das Votum „Unannehmbar", das vom deutschen Volke einmütig den Pariser Forderungen entgegengeschickt werde. In der Entwaffnungsfrage habe er bei der Besprechung der Ministerpräsidenten seine und der Koalitionsführer Ueberzeugung mit der Notwendigkeit vertreten, die Einwohnerwehren unverändert aufrecht zu erhalten, aber der bayerischen Regierung ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten, bis sich die Koalitionsparteien auf Grund der Berliner Verhandlungen wiederholt hätten äußern können.

Er bedaure es als eine falsche Darstellung der Lage, daß in einem Teil der Presse von einer Spannung zwischen dem Reich und Bayern anstatt nur von einer Meinungsverschiedenheit über eine auch die Lebensinteressen des deutschen Volkes berührende bayerische Lebensnotwendigkeit gesprochen worden sei. Die Verhandlungen hätten ergeben, daß an dem bisher eingenommenen Standpunkt festgehalten werden müsse, vor allem aber auch, daß es unrichtig wäre, sich mit der Frage der Durchführung des Entwaffnungsdiktates zu befassen, noch ehe man wüßte, wie die Verhandlungen in London liefen. Er führte hierauf die bekannten innerpolitischen Gründe, aber auch die außenpolitische Gefahr des vom Osten herandrängenden Bolschewismus an.

Besonders bemerkenswert war, daß es ihm zweckmäßig erschien, diesen Gründen einen neuen gleichberechtigt zur Seite zustellen. Der Einwohnerwehrgedanke sei auch der Gedanke des Gemeinschaftsgefühls des Wiederaufbaues der Staatserhaltung und der staatlichen Ordnung. Der tiefste Grund unseres Unglücks sei das Ueberwuchern des Materialismus über den Idealismus gewesen.

Die Pariser Entscheidung sei natürlich nicht außer acht gelassen worden, aber die Frage könnte nur so gestellt werden: Kann das Diktat eines unbarmherzigen und schlecht beratenen Siegers das Opfer einer staatlichen Lebensnotwendigkeit fordern und entbindet eine solches Diktat die Staatsregierung und die mitverantwortlichen Koalitionsparteien von ihrer schweren Verantwortung, wenn sie unter solchem Drucke zu einem Opfer sich entschließt. Unsere Gegner wollen den Frieden, sie schaffen aber den Krieg. Es muß eine andere Orientierung gefunden werden. Da aber treten wir selbst in den Weg, wenn wir entgegen besserer Einsicht Diktaten, die dem von unsern Gegnern verfolgten Ziele ins Gesicht schlagen, folgen. Vielleicht wird uns die Aussprache in London doch eine letzte Gelegenheit bieten, eine Wandlung der Gedankengänge unserer Gegner anzubahnen. Sollte die Reichsregierung zu der Ueberzeugung gelangen, sich diesem Standpunkt nicht anschließen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen, die sie etwa im Rahmen der Verfassung treffen wollte, auch die ausschließliche Verantwortung nach jeder Richtung hin tragen. Wir stellen uns in die geschlossene Phalanx des deutschen Volkes mit demselben festen Entschluß, daß wir uns keinem Sklavenjoch beugen werden und daß wir uns durch kein Diktat zum Selbstmord zwingen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210218033/fragment/page=0001

An alle Wähler!

Wir brauchen in den Parlamenten Männer, die für die Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens ein volles Verständnis haben. Darum bitten wir dringend alle Wähler ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimme zu geben der

Liste Dr. Schreiber — Geibel — Dr. Keil.

Albrecht, L., Direktor d. Anhalt. Kohlenwerke; **Borges**, Curt, Kaufm. u. Stadtverord.; **Ernst**, Richard, Fabrikbesitzer; **Förster**, Waldemar, Bäckermeister; **Georg**, Karl, Kaufmann und Stadtrat; **Kuhnt**, Paul, Direktor der Ammendorfer Papierfabrik; **Keil**, Franz, Fabrikbesitzer; **Lamm**, Hans, Direktor der Hall. Zuckerraffinerie; **Lehmann**, Theodor, Architekt; **Leister**, Georg, Direktor der Hildebrand'schen Mühlenwerke; **Leppin**, Arthur, Kaufmann; **Liebing**, Otto, Bankdirektor; **Mangold**, August, Fleischermeister; **Manschewski**, Oskar, Kaufmann und Stadtverordneter; **Niederlein**, Max, Kaufmann; **Dr. Pfahl**, Syndikus der Handelskammer; **Pfautsch** Hermann, Kaufmann und Stadtverordneter; **Ritter**, Julius, Kaufmann und Stadtverordneter; **Schloß**, Wilhelm, Kaufmann; **Schwarz**, Walter, Bankier; **Steckner**, Curt, Bankier und Stadtverordneter; **Sünderhauf**, Paul, Gastwirt und Stadtverordneter; **Taaß**, Alwin, Fabrikbesitzer; **Über**, Kaufmann und Stadtrat.

Das Korridor-Abkommen.

In Paris ist zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten das Transitabkommen, das den Verkehr Deutschlands mit Polen und der Freien Stadt Danzig durch den Korridor regelt, zu Ende beraten worden. Die Unterzeichnung wird erfolgen, sobald auch die Zustimmung Danzigs vorliegt. Das Abkommen bezieht sich auf alle Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland mit Ostpreußen sowie zwischen Polen und dem rechten Weichselufer. Es regelt den gesamten militärischen und zivilen Eisenbahnverkehr, den Schiffahrts- und Kraftwagenverkehr, sowie das Post, Telephon- und Telegraphenwesen, sowie die Zoll- und Paßfragen. Man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß unsere wirtschaftlichen Druckmittel stark genug sein werden, Polen zu einer leidlich loyalen Innehaltung des Abkommens zu nötigen.

Die neuen Postgebühren.

Der Reichsrat hat sich gestern in einer längeren Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs Lewald außer mit kleinen Vorlagen mit der Erhöhung der Postgebühren und der Verabschiedung des Reichseisenbahnetats beschäftigt. Auf Grund der Ausschußberatung wurde im Reichsrat das Gesetz über die Postgebühren dahin abgeändert, daß das Porto für den einfachen Brief 60 Pfennig und für Postkarten 40 Pfennig betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollten für Briefe über 20 Gr. 1,20 Mark Porto erhoben werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben eine Mittelstufe von einer Mark für Briefe im Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingefügt. Briefe über 100 Gr. sollen 1,50 Mark Porto kosten.

Das Gesetz über Aenderung der Telegraphengebühren erhöht die Wortgebühr auf 30 Pfg. und setzt für Telegramme eine Mindestgebühr von drei Mark fest.

Den Wünschen der Postkarten-Industrie ist man insoweit entgegengekommen, als in die Postordnung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, wonach Ansichtskarten gleich den Neujahrskarten usw. zum Drucksachenporto befördert werden können, wenn sie nicht mehr als fünf Worte enthalten und außerdem nur noch die Namen der Absender haben.

In einem weiteren Gesetz wird der Reichspostminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Beschlüsse des Madrider Weltpost-Kongresses hinsichtlich der Auslandspostgebühren schon im Jahre 1921 in Kraft zu setzen.

Bei den Postscheckgebühren haben die Ausschüsse unter sonstiger Zustimmung zu der Vorlage eine Zwischenstufe für Beträge von 1000 bis 2000 Mark eingefügt. Auf besonderen Wunsch der Postverwaltung ist ein Zusatz beschlossen, wonach die Postscheckämter nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsabgabenordnung den Finanzämtern Auskünfte zu erteilen haben. Weiter wird noch die Postordnung bezüglich der Nebengebühren im Sinne einer Erhöhung dieser Gebühren abgeändert. Hierzu ist kein besonderes Gesetz erforderlich, sondern nur der Verwaltungsweg mit Zustimmung des Reichsrats.

Die farbigen Besatzungstruppen

Ueber die Stärke der im Dezember im besetzten Rheinland befindlich gewesenen farbigen Truppen wird dem WTB. auf Grund einer amtlichen Umfrage folgende Uebersicht gegeben: Im Bezirk Köln befanden sich rund 5400 Marokkaner, im Bezirk Aachen und 2100 Marokkaner und Zuaven, im Bezirk Trier 385 Araber und Annamiten, im Bezirk Koblenz 700 Senegalneger. In Hessen waren 6550 Marokkaner, in der Pfalz 3600 Marokkaner und Senegalneger, schließlich im Bezirk Wiesbaden rund 5600 Farbige verschiedener Art. Insgesamt betrug die Zahl der Farbigen etwas über 24 000. Das Hauptkontingent stellten Marokkaner und Araber mit zusammen über 19 500. Ihnen folgten die Tunesier mit 2300 und die Madagassen mit 1400. Die anderen farbigen Rassen waren mit geringeren Ziffern vertreten. Es steht zu befürchten, daß mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit neue farbige Truppen, die bes deutschen Winters wegen in wärmere Landschaften zurückgenommen worden waren, in unsere armen besetzten Rheinlande einziehen werden. — Aus der obigen amtlichen Feststellung ergibt sich, wie unrichtig die amerikanischerseits verbreitete Nachricht ist, die farbigen Truppen seien aus Deutschland zurückgezogen.

Keine Katastrophenpolitik.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler hat in einer Wahlversammlung in Stettin über die praktische Politik gesprochen, die wir für absehbare Zeit allein treiben können. Geßler lehnte die Katastrophenpolitik nach innen und nach außen ab, weil wir mit dem Prinzip „Es wird schon werden, wenn wir nur feste dreingehauen haben", den Krieg verloren haben, und jetzt erst recht das letzte verlieren würden, was uns geblieben ist, unsere staatliche Existenz. Keine Politik der Gesten, des Hurrarufens, des Lärmens, des Schreiens, sondern eine Politik der Würde und Zurückhaltung. Stille, treue Pflichterfüllung ist eine größere patriotische Tat und fordert mehr vaterländische Hingebung, als Hurrarufen, Schreien und Singen. Wir müssen den mühsamen Weg langsam gehen. Wir sehen heute vielfach nur wenige Schritte durch den dicken Nebel, der vor uns liegt. Aber hinter diesem Nebel wird auch wieder die Sonne uns leuchten: Die deutsche Einheit, die wir in schwieriger Zeit erhalten haben, und die deutsche Freiheit, auf die wir unter keinen Umständen verzichten wollen.

Widersinn in der Deutschen Volkspartei.

Frau v. Oheimb, Mitglied der Landesversammlung, wendet sich an die Frauen der Deutschen Volkspartei und verrät in ihrem Werbeartikel die ganze Unlogik, auf der sich ihre Parteiarbeit aufbaut. Es erscheint ihr „naturgemäß, daß die Triebkraft der deutschen Frau mehr auf das Nationale als auf das Wirtschaftliche eingestellt sei". Als ob die Frauen im wirtschaftlichen Leben als Konsumenten nicht den wichtigeren, als Produzenten heutzutage einen fast ebenso wichtigen Faktor wie die Männer darstellen. Aber mit dem „Nationalen" läßt sich gefühlsmäßig so glänzend operieren und lassen sich Tatsachen, die logischem Denken nicht standhalten, so anmutend drapieren! Das von ihr behauptete „Naturgemäße" begründet Frau v. Oheimb mit den Worten: „Wir, die wir das Wunder der Menschwerdung in uns tragen, sind von Natur zum Aufbauen und nicht zum Zerstören geschaffen". Und wenige Sätze danach sagt sie: „Wir Frauen sind die berufenen Trägerinnen und Vertreterinnen dafür, den Machtgedanken im deutschen Volk wieder aufzurichten in unseren Söhnen und Töchtern." Dieser „Machtgedanke" bedeutet der Deutschen Volkspartei zunächst die Macht für jene Schichten, die alles eher wie „das Volk" darstellen. Für diesen Kampf hält sie geheime Waffenlager bereit. Unsere Söhne und Töchter will sie erziehen, indem sie ihnen Kriegsspielzeug in die Hände gibt, ihnen den Krieg verherrlicht. Und dazu sollen die Frauen, deren Aufgabe das „Aufbauen und nicht das Zerstören ist", hilfreiche Hand leisten? Ist das ein Widersinn!

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Sonnabend, 19. Februar. Inhalt: Flammen. Roman von Hans Schulze. — Der Quellmann. Von Paul Ernst. — Dora. Von Siegfried Berberich. — Aus dem Dresdener Kunstleben. — Die Seelenwanderung der Aegypterin. — Zum 20. Februar. Gedicht von Anna Böttcher. — Literatur.

Thomas Mann in der Literarischen Gesellschaft.

Thomas Mann in der Literarischen Gesellschaft ... Ah, eine Sensation ... Und es war viel voller als sonst ... Wenn Literaturordinarien über wissenschaftliche Themen sprechen und im heißen Bemühen, deutlich, verständlich, populär zu sein, immer verkrampfter werden; nein, man liebt sie nicht ... Aber Thomas Mann, ah ...

Und der Effekt? Thomas Mann las eine Stunde lang ein Kapitel aus seinem neuen, unveröffentlichten Roman „Der Zauberberg" vor. Gegen Ende zu stahlen sich ein paar Dutzend aus dem Saal, aber nein, sie stahlen sich nicht; beim Stehlen macht man keinen solchen Radau. Während des Vorlesens flüsterten Damen über die Enttäuschung, die sie soeben zu erleben im Begriffe seien ... Und am Schlusse plätscherte der Beifall so armselig, daß er besser gänzlich unterblieben wäre ... Nach einer kurzen Pause noch die berühmte Schilderung „Das Eisenbahnunglück". Der Applaus ebenso mau.

Wie denn? Es ist interessant, dieser kühlen Aufnahme ein wenig nachzuspüren.

•

Thomas Mann ist kein Expressionist. Beileibe nicht. Wenn man das Wesen und die Art des Expressionismus an Beispielen erläutern will, dann pflegt man Thomas Mann als Gegenbeispiel zu nehmen. Kein Ton vom seelischen Erleben; niemals eine Schaufolgerung. Lediglich die Schilderung von Dingen, Zuständen, Ereignissen, Bagatellen, Nichtigkeiten. Und aus diesen Nichtigkeiten formt sich das Bild. Das Gegenstück zu den Expressionisten, die nicht nur die Bagatelle nicht anschauen, die das ganze Reale negieren, um, unbeirrt vom Aeußeren, den Ausdruck der Seele und des Geistes geben zu können, um in jrdischem Schwung die Größe und die Wahrheit zu erreichen. Welche Gegensätze! Aber nein, letzten Endes dasselbe. Gehört denn Thomas Manns Liebe wirklich diesen Bagatellen, die er so eingehend malt? Der Mantille der alten Frau, den Gamaschen und dem Hündchen des Herrn, dem Thermometer des Jünglings? Die Expressionisten bekämpften die Albernheiten des mechanisierten Lebens, Thomas Mann auch. Thomas Mann mit Spott, in mühseliger Kleinkunst — „Mein Bienenstock, mein Kunstgespinst, mein kluger Buchsbaum, mein Stolz und Mühsal, das Beste von mir"; das ist Thomas Mann selbst! —, mit technischer Routine sondergleichen, mit einer Satire, in der ihm nur Ludwig Thoma und Alice Behrend gleichkommen; die Expressionisten mit der weit ausholenden Gebärde der Romantiker.

•

Und die Wirkung aufs Publikum? Daß Thomas Mann früher bei den Halbgebildeten so beliebt war wie Ludwig Ganghofer bei den Viertelgebildeten, das steht fest. Tausende und aber Tausende haben die Novellen des so ökonomisch Produzierenden genossen, Tausende, aber Tausende haben sich die Feinheiten und die eleganten Mokerien der „Buddenbrooks" auf der Zunge zergehen lassen. „Königliche Hoheit" fuhr auf anderem Geleise; „Der Tod in Venedig" auch.

Der größte Teil derer, die gestern gekommen waren, suchte den Thomas Mann der „Buddenbrooks". Sie haben die angenehme Erinnerung an köstliche Beifsen, an köstlich-unverschämte und sich brav gebende Entthüllungen. Das, was Thomas Mann gestern bot, war dasselbe, was er in den „Buddenbrooks" gibt. Er ist wieder dahin zurückgekehrt, von wo er ausging. Und daß das Publikum sich nicht unterhielt, liegt nicht etwa am Umschwung der „Richtung". Unverhüllt Expressionistisches liegt der breiten Masse durchaus nicht. Heute weniger denn je. Aber die große Masse tritt nicht dagegen auf, in der ständigen Angst vor der Entthüllung des Tiefstandes. Hier aber, wo ein Dichter Dinge bot, die jedermann verstehen kann, verstehen muß — ich spreche nicht vom tieferen Gehalt —, existiert die Angst vor der Entthüllung des Tiefstandes nicht. Und da die sämtlichen Faktoren des Zeitgeistes — Schlechtertum, Unsolidität, schnell erworbener Reichtum, seelische Not, wirtschaftliche Not, Parteihaß, Schlagwortarbeit — das Kino, die Bar, den Foxtrott, den unarten Fox, das Hasardieren auf nie geahnte Höhe gebracht haben, mußte das vornehmere Betrachten, die Kunst Thomas Manns fremd werden. Es fehlt die Möglichkeit der Konzentration und des stillen Genießens.

Wer aber heute noch Szenen formen kann wie die vorgelesenen aus dem „Zauberberg", den bekümmert das Urteil des Publikums wenig, zumal es die Ausgeburt kranker Sinne darstellt. Die Zukunft wird heilen ...

Bier und geistige Leistungsfähigkeit

Die Meinungen über die Wirkung des Alkohols auf die geistige Leistungsfähigkeit des Menschen sind, wie man weiß, sehr geteilt. Viele neigen zur Annahme, daß der Alkohol die geistige Leistungskraft steigere, während andererseits diese Annahme, namentlich von Alkoholgegnern, aufs heftigste bekämpft wird. Versuche über den Einfluß geistiger Getränke auf die Nerven und Nerventätigkeit sind allerdings schon mehrmals ausgeführt worden; sie erstreckten sich indessen fast ausnahmslos auf Schnaps oder auch Wein, also auf Getränke, deren Wirkung ganz unbestritten als schädlich erkannt wurde, was aber nicht allein auf den Alkoholgehalt der betreffenden Getränke, sondern zum Teil auf den in diesen Schnapsarten und Weinen enthaltenen Aether zurückzuführen ist, der in der Regel Kongestionen zum Kopf hervorruft. Jedenfalls muß in solchen Fällen die Wirkung des Aethers und die Alkoholwirkung streng voneinander geschieden werden.

Nachdem die Wirkung von Schnaps und Wein auf die geistige Leistungsfähigkeit also bereits bekannt ist, war es natürlich auch wissenswert, den Einfluß des Bieres auf die geistigen Vorgänge festzustellen, schon deshalb, weil sich das Bier auch in pharmakologischer Hinsicht vom Schnaps und Wein unterscheidet und man somit ohne weiteres auch mit einer anderen Beeinflussung rechnen konnte. Derartige Versuche haben nun die Forscher Engalen und Rangette seit sechs Jahren ausgeführt, und ihre Ergebnisse, die sie in der „Aerztlichen Rundschau" mitteilen, zeigen in der Tat, daß auch der Biergenuß die geistige Fähigkeit des Menschen zu beeinflussen vermag, jedoch abweichend vom Wein- und Schnapsgenuß, im günstigen Sinn.

Es handelt sich hierbei um Massenversuche, in deren Verlauf die Versuchspersonen leichte Aufgaben — innerhalb 30 Sekunden — zu lösen hatten. Zuerst wurden die Versuche ohne Bier gemacht, dann nach Ablauf von acht Tagen mit Bier, während eine andere Versuchsgruppe die Lösungen mit bzw. ohne Bier an einem Abend auszuführen hatte. Festgestellt wurde nun, daß der mäßige Genuß guten untergärigen Bieres (mit 8 Prozent Stammwürze) die Versuchspersonen wirklich leistungsfähiger machte. Wird das Bier vor Beginn einer geistigen Arbeit getrunken, dann kann man allerdings oft eine Hemmung der Arbeitslust feststellen; wird es aber während oder am Schluß der Arbeit genossen, so fördert es die Leistungsfähigkeit unzweifelhaft und regt zu neuer Arbeit an. Mäßiger Biergenuß ist also keineswegs zu verdammen und vor allem in seinem Einfluß auf die geistige Leistungskraft des Menschen nicht mit der Wirkung des Weines oder gar des Schnapses auf eine Stufe zu stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210218033/fragment/page=0002